**Abwägungsliste aus der Beteiligung gemäß § 4 Abs. 1 BauGB
zur 78. Änderung des Flächennutzungsplans „Kita im Rottfeld“**

ID. Nr.	Schreiben von, Datum, Kurzzinhalt der Anregung	Abwägung, Begründung
<p>1</p> <p>AIR LIQUIDE Deutschland GmbH</p>	<p><u>Stellungnahme vom 15.01.2024</u></p> <p>Vom BIL-Teilnehmer ausgewählte Betroffenheit: Nicht betroffen</p>	<p>-</p>
<p>2</p> <p>Amprion GmbH</p>	<p><u>Stellungnahme vom</u></p> <p>..., im Planbereich der Maßnahme verlaufen keine Höchstspannungsleitungen unseres Unternehmens.</p> <p>Wir gehen davon aus, dass Sie bezüglich weiterer Versorgungsleitungen die zuständigen Unternehmen beteiligt haben.</p>	<p>Kenntnisnahme. Weitere Versorgungsträger wurden beteiligt.</p>
<p>3</p> <p>Bezirksregierung Arnsberg Abt. 6 – Bergbau und Energie in NRW</p>	<p><u>Stellungnahme vom 16.01.2024</u></p> <p>...zu dem FNP werden von hier aus keine Bedenken, Anregungen und Hinweise vorgetragen.</p>	<p>-</p>
<p>4</p> <p>Bezirksregierung Düsseldorf: Dez. 53 (Immissionsschutz – einschl. anlagenbezogener</p>	<p><u>Stellungnahme vom 09.02.2024</u></p> <p>Im Rahmen des o.g. Verfahrens haben Sie mich beteiligt und um Stellungnahme gebeten.</p> <p>Hinsichtlich der Belange des Luftverkehrs (Dez. 26) ergeht folgende Stellungnahme: Das Plangebiet liegt unter dem Bauschutzbereich des Flughafens Düsseldorf gem. §12 LuftVG, Anflugsektoren 05L/R. Dieser wäre ab 136 m über NHN betroffen.</p>	<p>Kenntnisnahme. Zur umfassenden Information der Bauschutzbereich als nachrichtliche Übernahme in den parallel in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 131 aufgenommen.</p>

	<p>Eine höhenmäßige Betroffenheit ist aufgrund der zu erwartenden Bauhöhen jedoch nicht zu erwarten. Gegen die Planung bestehen somit aus luftrechtlicher Sicht keine Bedenken.</p> <p>Aufgrund o.g. Lage kann es zu Belästigungen durch Fluglärm kommen. Der festgesetzte Lärmschutzbereich des Flughafens Düsseldorf wird jedoch nicht berührt.</p> <p>Hinsichtlich der Belange der Denkmalangelegenheiten (Dez. 35.4) ergeht folgende Stellungnahme: Gegen die Änderung in dem oben genannten Bereich im Regierungsbezirk Düsseldorf bestehen aus meiner Sicht keine Bedenken, da sich im Planungsgebiet meines Wissens keine Bau- oder Bodendenkmäler befinden, die im Eigentum oder Nutzungsrecht des Landes oder Bundes stehen.</p> <p>Da meine Zuständigkeiten nur für Denkmäler im Eigentums- oder Nutzungsrecht des Landes oder Bundes gegeben sind empfehle ich -falls nicht bereits geschehen- den LVR -Amt für Denkmalpflege im Rheinland-, Pulheim und die zuständige kommunale Untere Denkmalbehörde zu beteiligen.</p> <p>Bitte beteiligen Sie insbesondere den LVR -Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, da zum 01.06.2022 das Denkmalschutzgesetz novelliert wurde und somit auch vermutete Bodendenkmäler zum Schutzzumfang dazu gehören. Die Informationen zu den vermuteten Bodendenkmälern liegen ausschließlich beim LVR - Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland, Endericher Str.133, 53115 Bonn.</p> <p>Hinsichtlich der Belange des Immissionsschutzes (Dez. 53) ergeht folgende Stellungnahme: Dez. 53.2:</p>	<p>Wird gefolgt. Der LVR -Amt für Bodendenkmalpflege im Rheinland wurde beteiligt.</p> <p>Kenntnisnahme.</p>
--	--	--

	<p>Insofern wurden lediglich diejenigen Fachdezernate beteiligt, denen diese Funktion im vorliegenden Verfahren obliegt. Andere Dezernate/Sachgebiete haben die von Ihnen vorgelegten Unterlagen daher nicht geprüft. Dies kann dazu führen, dass von mir z.B. in späteren Genehmigungs- oder Antragsverfahren auch (Rechts-) Verstöße geltend gemacht werden können, die in diesem Schreiben keine Erwähnung finden.</p> <p>Bitte beachten Sie die Anforderungen an die Form der TÖB-Beteiligung:</p> <p>https://www.brd.nrw.de/ueber-uns/die-bezirksregierung/die-bezirksregierung-als-traeger-oeffentlicher-belange</p> <p>und</p> <p>https://www.brd.nrw.de/system/files/media/document/2023-05/20230519_toeb_zustaendigkeiten.pdf</p>	
<p>5</p> <p>Bundesnetzagentur</p>	<p><u>Stellungnahme vom 09.02.2024</u></p> <p>..., vielen Dank für Ihre Anfrage vom 12.01.2024, die ich im Rahmen der Zuständigkeit der Bundesnetzagentur für den Ausbau der Elektrizitäts-Übertragungsnetze beantworte.</p> <p>Im Zuge der Energiewende wurde mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) ein neues Planungsinstrument geschaffen, das zu einem beschleunigten Ausbau der Übertragungsnetze in Deutschland beitragen soll. Dem im NABEG verankerten Planungs- und Genehmigungsre-</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Die Planung des BBPIG-Vorhabens Nr. 2 (Höchstspannungsleitung Osterath — Philippsburg) ist bekannt. Wie nebenstehend beschrieben sind Konflikte zwischen dem gegenständlichen Flächennutzungsplan und dem BBPIG-Vorhaben Nr. 2 nach derzeitigem Planungs- und Kenntnisstand nicht zu erwarten.</p>

gime, für das die Bundesnetzagentur zuständig ist, unterliegen alle Vorhaben, die in der Anlage zum Bundesbedarfsplangesetz (BBPIG) als länderübergreifend und/oder grenzüberschreitend gekennzeichnet sind. Ihre Realisierung ist aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses erforderlich. Die Bundesnetzagentur führt für die Vorhaben auf Antrag der verantwortlichen Betreiber von Übertragungsnetzen die Bundesfachplanung durch. Zweck der Bundesfachplanung ist die Festlegung eines raumverträglichen Trassenkorridors, eines Gebietsstreifens, in dem die Trasse einer Höchstspannungsleitung voraussichtlich realisiert werden kann, als verbindliche Vorgabe für die nachfolgende Planfeststellung. Mit der Planfeststellung, die die Bundesnetzagentur wiederum auf Antrag der verantwortlichen Übertragungsnetzbetreiber durchführt, wird der genaue Verlauf der Trasse innerhalb des festgelegten Trassenkorridors bestimmt und das Vorhaben rechtlich zugelassen.

Im räumlichen Geltungsbereich der 78. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Kaarst „Bereich Kita im Rottfeld“ kommt eine Realisierung des **BBPIG-Vorhabens Nr. 2** (Höchstspannungsleitung Osterath — Philippsburg), auch Ultramet genannt, in Betracht.

Die Bundesnetzagentur traf für den vorliegend relevanten **Abschnitt C** Osterath — Rommerskirchen des Vorhabens Nr. 2 am 28.05.2021 die Entscheidung über die Bundesfachplanung und legte damit den Verlauf eines raumverträglichen Trassenkorridors fest. Diese Entscheidung stellt eine verbindliche Vorgabe für die nachfolgende Planfeststellung dar. Eine Trassierung außerhalb des festgelegten Trassenkorridors ist nicht möglich.

	<p>Die Amprion GmbH reichte am 28.09.2021 einen Antrag auf Planfeststellungsbeschluss für den Abschnitt Osterath — Rommerskirchen (Abschnitt C1) des Vorhabens Nr. 2, bei der Bundesnetzagentur ein, der den beabsichtigten Verlauf der Trasse sowie geprüfte Alternativen (innerhalb des verbindlich festgelegten Trassenkorridors) enthält. Die Bundesnetzagentur führte die Antragskonferenz auf Grundlage des Planungssicherstellungsgesetzes (PlanSiG) in einem schriftlichen Verfahren vom 07.12.2021 bis zum 14.01.2022 durch. Auf der Grundlage des Antrags der Vorhabenträgerin und der Ergebnisse der Antragskonferenz legte die Bundesnetzagentur am 31.03.2022 einen Untersuchungsrahmen für die Planfeststellung fest und bestimmte hiermit den Inhalt der von der Vorhabenträgerin noch einzureichenden Unterlagen. Am 29.09.2023 reichte die Amprion GmbH diese vollständigen Unterlagen bei der Bundesnetzagentur ein. Die Bundesnetzagentur führte vom 20.11.2023 bis zum 19.01.2024 ein Anhörungsverfahren durch, prüft nach Eingang der Einwendungen und Stellungnahmen derzeit die Durchführung eines Erörterungstermins und wird zum Abschluss des Verfahrens mit dem Planfeststellungsbeschluss den Leitungsverlauf innerhalb des festgelegten Trassenkorridors festlegen.</p> <p>Nach derzeitigem Verfahrensstand verläuft der verbindlich festgelegte Trassenkorridor für den Abschnitt C1 des Vorhabens Nr. 2 unter anderem im räumlichen Geltungsbereich der hier gegenständlichen Flächennutzungsplanänderung. Der von der Vorhabenträgerin beabsichtigte Verlauf der Trasse sowie die Alternative (innerhalb des verbindlich festgelegten</p>	
--	--	--

	<p>Trassenkorridors) werden jedoch nicht überlagert. Eine abschließende Beurteilung der zu bewältigenden Nutzungskonflikte ist seitens der Bundesnetzagentur zum derzeitigen Verfahrensstand nicht möglich. Konflikte zwischen der vorbezeichneten Änderung des Flächennutzungsplans und dem BBPlG-Vorhaben Nr. 2 sind jedoch nachzeitigem Planungs- und Kenntnisstand als unwahrscheinlich einzustufen.</p> <p>Vorsorglich weise ich dennoch darauf hin, dass in der Planfeststellung gemäß § 18 Abs. 4 S. 7 NABEG städtebauliche Belange zu berücksichtigen, nicht jedoch strikt zu beachten sind.</p> <p>Ich weise ferner vorsorglich darauf hin, dass die Bundesfachplanungsentscheidung insofern vorübergehend auf die gemeindliche Planungshoheit einwirkt, als sie nach § 15 Abs. 1 S. 2 NABEG „grundsätzlich Vorrang vor nachfolgenden Planungen, insbesondere Landesplanungen und Bauleitplanungen“ hat. Bei dem Vorrang der Bundesfachplanung gem. § 15 Abs. 1 S. 2 NABEG handelt es sich um eine Abwägungsdirektive und damit zugleich um eine spezielle gesetzliche Verankerung und Betonung des allgemeinen planungsrechtlichen Prioritätsgrundsatzes. § 15 Abs. 1 S. 2 NABEG richtet sich als Abwägungsdirektive an die gemeindliche Bauleitplanung im Zeitraum zwischen der Bundesfachplanungs- und der Zulassungsentscheidung. Das Gebot vorrangiger Berücksichtigung der Bundesfachplanung verlangt von der Gemeinde, vorübergehend entgegenstehende Planungen innerhalb des Trassenkorridors aufzuschieben; siehe zu alledem BVerwG, Beschluss vom 24. März 2021 - 4 VR 2.20.</p>	
--	--	--

	<p>Ausweislich der mir vorliegenden Begründung zum gegenständlichen Flächennutzungsplan haben Sie die Amprion GmbH in der vorliegenden Angelegenheit bereits beteiligt. Aus den Unterlagen geht jedoch nicht hervor, dass das hier gegenständliche BBPIG-Vorhaben Nr. 2 im Rahmen Ihrer Bauleitplanung bereits berücksichtigt wird. Daher rege ich an, die Amprion GmbH (GT-B-LBPosteingangBehoerden@amprion.net) ggf. mit Blick auf das Vorhaben Nr. 2 erneut zu kontaktieren. Auf den Internetseiten der Vorhabenträgerinnen Amprion GmbH und TransnetBW GmbH sind auch Planunterlagen zum Vorhaben Nr. 2 abrufbar, die den derzeitigen Planungsstand wiedergeben, sich jedoch im weiteren Verfahren noch ändern können.</p> <p>Ergänzend weise ich darauf hin, dass auf den Internetseiten der Bundesnetzagentur die vollständigen Planunterlagen zu dem Abschnitt C1 des Vorhabens Nr. 2 (https://www.netzausbau.de/vorhaben2c1) sowie auch die oben genannte Bundesfachplanungsentscheidung abrufbar sind (https://www.netzausbau.de/vorhaben2c)</p> <p>Ich bitte Sie, meine Hinweise zu berücksichtigen und mich über den Fortgang des Verfahrens zu informieren bzw. mich im weiteren Verlauf des Verfahrens zu beteiligen. Für weitere Informationen stehe ich Ihnen gerne — auch unter der E-Mail-Adresse verfahren.dritter.nabeg@bnetza.de — Zur Verfügung. Bitte verwenden Sie für den Kontakt mit mir das oben angegebene Aktenzeichen.</p>	
6	<u>Stellungnahme vom 15.01.2024</u>	Kenntnisnahme

Deutsche Bahn Energie GmbH	<p>...vielen Dank für Ihre Beteiligung.</p> <p>Durch das Plangebiet der 078. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Kaarst "Bereich Kita Im Rottfeld" im Stadtteil Kaarst verläuft die 110-kV-Bahnstromleitung 485 Düsseldorf- Wickrath. Geplante Bebauungen liegen damit teilweise im Schutzstreifen der oben genannten Bahnstromleitung. Aufgrund der eingetragenen Dienstbarkeiten zugunsten der DB Energie GmbH sind bauliche Nutzungen im Bereich des Schutzstreifens begrenzt und bedürfen der Abstimmung mit bzw. der Zustimmung durch die DB Energie GmbH. Wir bitten Sie daher, uns bei Baumaßnahmen im Schutzstreifenbereich unbedingt entsprechend zu beteiligen.</p> <p>Die DB Energie GmbH ist grundsätzlich dazu bereit, Bebauungen im Bereich des Schutzstreifens der oben genannten Bahnstromleitung zuzustimmen, sofern die gemäß EN 50341NDE 0210 geforderten Sicherheitsabstände eine solche Zustimmung zulassen. Für eine endgültige Zustimmung der jeweiligen geplanten Bebauungen bitten wir jedoch in jedem Fall um Zusendung prüffähiger Planunterlagen der Bauobjekte, inkl. genauer Lage im Geltungsbereich des Bebauungsplans, Grundrisse, Schnittzeichnungen und Höhenangaben.</p> <p>Zusätzlich bitten wir bereits an dieser Stelle um Beachtung der folgenden Auflagen und Hinweise:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Im Schutzstreifen der Bahnstromleitung dürfen keine Einwirkungen oder Maßnahmen vorgenommen werden, die den ordnungsgemäßen Bestand oder Betrieb der Leitungen beeinträchtigen oder gefährden.2. Der Schutzstreifenbereich muss der DB Energie GmbH für die Entstörung und Leitungsarbeiten jederzeit zugänglich bleiben.	<p>Das Plangebiet mit der schutzbedürftigen Nutzung rückt an die 110 kV Bahnstromfreileitung heran. Nach dem Abstandserlass NRW aus 2007 gilt für den erforderlichen Abstand zur Sicherstellung, dass mit dem Vorhaben keine erheblichen Belästigungen verbunden sind und damit auch der Trennungsgrundsatz nach 8 50 BImSchG eingehalten werden kann, ein Abstand von 5 m zur Trassenmitte (für Bahnstromfreileitungen mit 16 2/3 Hz). Dieser Abstand kann mit dem Vorhaben deutlich eingehalten werden. Darüber hinaus haben die Betreiber der Hochspannungsfreileitungen dargelegt, dass die Immissionsrichtwerte der 26. BImSchV deutlich unterschritten werden.</p> <p>Im Hinblick auf die Einhaltung der Anforderungen der 26. BImSchV bestehen daher aus Sicht des anlagenbezogenen Immissionsschutzes (Rhein-Kreis Neuss) vorliegend keine Bedenken.</p> <p>Die Inhalte zu den Bahnstromtrassen werden zur umfassenden Information in die Begründung der gegenständlichen Flächennutzungsplanänderung aufgenommen.</p>
-----------------------------------	---	--

	<p>3. Die Bodenbeschaffenheit im Umkreis von 15m zu den jeweiligen Masten (gemessen vom Eckstiel aus) darf aus statischen Gründen nicht verändert werden. Alle Aufschüttungen bzw. Bodenabtragungen im Schutzstreifenbereich sind der DB Energie GmbH anzuzeigen.</p> <p>4. Neuanpflanzungen dürfen im Schutzstreifen eine Höhe von 3,5 m nicht überschreiten. Der Rückschnitt sämtlicher Vegetation im Schutzstreifen bei Unterschreitung der Sicherheitsabstände gern. EN 50341NDE 0210 ist durch den Antragsteller oder deren Rechtsnachfolger auszuführen.</p> <p>5. Bei Baumaßnahmen, bei denen ein Mindestabstand von 3 m zwischen Baugeräten oder am Bau beteiligten Personen und der Leitung nicht eingehalten werden kann - ein mögliches Ausschwingen der Leiterseile ist dabei zu berücksichtigen! - ist eine kostenpflichtige Ausschaltung des betreffenden Stromkreises der Bahnstromleitung erforderlich. Für die betriebliche Koordination der DB Energie GmbH ist mit einem zeitlichen Vorlauf von ca. 16 Wochen zu rechnen. Eine gleichzeitige Abschaltung beider Stromkreise ist nicht möglich.</p> <p>Der Bauherr bzw. die von ihm beauftragten Baufirmen haften für alle Schäden, die an der Bahnstromleitung durch die Bautätigkeit entstehen.</p> <p>7. Bei geplanter Nutzung eines Baukrans ist, nach Eingang von prüffähigen Planunterlagen eine gesonderte Abstimmung notwendig. (Freidrehbereich und Mindestabstand des Krans zu ausschwingenden Leiterseilen).</p> <p>8. In der Nähe von stromführenden Hochspannungsleitungen ist mit elektromagnetischen Beeinflussun-</p>	
--	---	--

	<p>gen zu rechnen. Die DB Energie GmbH erstattet weder Entschädigungen noch die Kosten für evtl. erforderliche Abschirmungen.</p> <p>9. Die DB Energie GmbH haftet nicht für Schäden an Objekten, die infolge von Witterungseinflüssen (z.B. vom Stromseil herunterfallendes Eis, Vogelkot) auftreten.</p>	
<p>7</p> <p>Die Autobahn GmbH des Bundes: Niederlassung Rheinland</p>	<p><u>Stellungnahme vom 23.01.2024</u></p> <p>...die Niederlassung Rheinland der Autobahn GmbH des Bundes ist für den Betrieb und die Unterhaltung der östlich des Plangebietes in einer Entfernung von ca. 230m verlaufenden Autobahn 57, Abschnitt 19 zuständig. Es bestehen grundsätzlich keine Bedenken gegen das Vorhaben.</p> <p>Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass gegenüber der Straßenbauverwaltung weder jetzt noch zukünftig aus dieser Planung Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz oder ggfls. erforderlich werdende Maßnahmen bzgl. der Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden können. Im Allgemeinen sind im Genehmigungsverfahren der Straßenbauverwaltung erforderlich werdende externe Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen mitzuteilen, um Planungskollisionen auszuschließen</p>	<p>Kenntnisnahme.</p>
<p>8</p> <p>Ericsson Services GmbH (Richtfunk-Trassenauskunft)</p>	<p><u>Stellungnahme vom 06.02.2024</u></p> <p>..., vielen Dank für Ihre Anfrage.</p> <p>Die Firma Ericsson wurde von der Deutschen Telekom Technik GmbH beauftragt, in ihrem Namen, Anfragen zum Thema Trassenschutz zu bearbeiten.</p> <p>Die vorhandene Richtfunkstrecke finden Sie im Anhang.</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Die vorhandene Richtfunkstrecke nicht innerhalb des Plangebiets.</p>

	Bitte richten Sie Nachfragen ausschließlich per Email an die: bauleitplanung@ericsson.com	
9 euNetworks GmbH	<p><u>Stellungnahme vom 12.01.2024</u></p> <p>..., hiermit erhalten Sie unsere Planauskunft bezüglich Ihrer Anfrage.</p> <p><u>Die Firma euNetworks ist in Ihrem Anfragebereich nicht betroffen.</u></p>	-
10 GasLINE GmbH	<p><u>Stellungnahme vom 12.01.2024</u></p> <p>..., von der GasLINE GmbH sind wir mit der Wahrnehmung ihrer Interessen im Rahmen der Bearbeitung von Fremdplanungsanfragen und öffentlich-rechtlichen Verfahren beauftragt.</p> <p>Mit Bezug auf Ihre 0.g. Anfrage teilen wir Ihnen mit, dass von uns verwaltete Versorgungsleitungen der GasLINE GmbH im angezeigten Projektbereich nicht betroffen werden.</p> <p>Maßgeblich für unsere Auskunft ist der im Übersichtsplan markierte Bereich. Dort dargestellte Leitungsverläufe dienen nur zur groben Übersicht.</p> <p><u>Achtung:</u> Eine Ausdehnung oder Erweiterung des Projektbereichs bedarf immer einer erneuten Abstimmung mit uns.</p>	-
11 Geologischer Dienst NRW	<u>Stellungnahme vom 08.02.2024</u>	

	<p>..., zu o. g. Verfahren gebe ich im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung folgende Informationen und Hinweise:</p> <p>Erdbebengefährdung</p> <p>Es wird auf die Bewertung der Erdbebengefährdung hingewiesen, die bei Planung und Bemessung üblicher Hochbauten gemäß den Technischen Baubestimmungen des Landes NRW mit DIN 4149:2005-04 „Bauten in deutschen Erdbebengebieten“ zu berücksichtigen ist.</p> <p>Die Erdbebengefährdung wird in DIN 4149:2005 durch die Zuordnung zu Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen eingestuft, die anhand der Karte der Erdbebenzonen und geologischen Untergrundklassen der Bundesrepublik Deutschland 1 : 350 000, Bundesland Nordrhein-Westfalen (Geologischer Dienst NRW 2006) bestimmt werden. In den Technischen Baubestimmungen des Landes Nordrhein-Westfalen wird auf die Verwendung dieser Kartengrundlage explizit hingewiesen.</p> <ul style="list-style-type: none">• Das hier relevante Planungsgebiet liegt in der Stadt Kaarst, Gemarkung Kaarst und ist der Erdbebenzone 1 sowie der geologischen Untergrundklasse T zuzuordnen. <p><u>Bemerkung:</u> DIN 4149:2005 wurde durch den Regelssetzer zurückgezogen und durch die Teile 1, 1/NA und 5 des Eurocode 8 (DIN EN 1998) ersetzt. Dieses Regelwerk ist jedoch bislang bauaufsichtlich nicht eingeführt. Anwendungsteile, die nicht durch DIN 4149 ab-</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Die Bewertung der Erdbebengefährdung wird in den Umweltbericht aufgenommen. Ebenfalls wird zur umfassenden Information ein Hinweis mit der Erdbebenzone sowie der geologischen Untergrundklasse mitsamt den Hinweisen zur DIN 4149:2005 als Hinweis in den parallel in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 131 aufgenommen.</p>
--	---	---

	<p>gedeckt werden, sind als Stand der Technik zu berücksichtigen. Dies betrifft hier insbesondere DIN EN 1998, Teil 5 „Gründungen, Stützbauwerke und geotechnische Aspekte“.</p> <p>Auf die Berücksichtigung der Bedeutungskategorien für Bauwerke gemäß DIN 4149:2005 bzw. Bedeutungsklassen der relevanten Teile von DIN EN 1998 und der jeweils entsprechenden Bedeutungsbeiwerte wird ausdrücklich hingewiesen. Dies gilt insbesondere z. B. für Schulen etc.</p> <p>Baugrund</p> <p>Ich empfehle, den Baugrund objektbezogen zu untersuchen und zu bewerten.</p> <p>Schutzgut Boden</p> <p>Informationen zum Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung (Umweltbericht) für das Schutzgut Boden, zur Verwendung von Mutterboden sowie zur Nutzung der Karte der schutzwürdigen Böden:</p> <p><u>Beschreibung und Bewertung des Schutzgutes Boden</u> Nach der Karte der schutzwürdigen Böden (3. Auflage) sind im Rahmen der Beschreibung und Bewertung des Schutzgutes die betroffenen Böden, deren Bodenschutzstufen und Bodenfunktionen zu benennen. Zudem sind die Folgen des Eingriffs auf das Schutzgut Boden zu bewerten. Hinweise zu den Böden im Plangebiet können über die Karte der schutzwürdigen Böden auf GEOportal.NRW abgerufen werden¹: Kompensationsmaßnahmen für</p>	<p>Wird gefolgt. Es wird eine Baugrunduntersuchung durchgeführt.</p> <p>Wird teilweise gefolgt. Die nebenstehenden Anforderungen zur Beschreibung und Bewertung des Schutzgutes Boden werden im Umweltbericht erfüllt. Für das Plangebiet wird gemäß der digitalen Bodenkarte 1:50.000 des Geologischen Dienstes NRW (IS BK 50) der Bodentyp Braunerde dargestellt. Für den Bodentyp Braunerde wird für die Grundwasserstufe und den Staunässegrad die Stufe 0 (ohne Grundwasser und Staunässe) angegeben. In Bezug auf die Versickerungseignung im 2 m Raum ist der Bodentyp als bedingt geeignet (Versickerung mit unterirdischem Stauraum) klassifiziert. Dem Boden im Plangebiet wird keine besondere Schutzwürdigkeit zugeschrieben. So liegen die Wertzahlen im mittleren Bereich (35 bis 60). Auch eine besondere Bedeutung als Wasserspeicher mit hoher Funktionserfüllung für Regulation</p>
--	--	---

	<p>den Verlust an schutzwürdigen Böden sind folgender Veröffentlichung zu entnehmen (Kap. 3.7, S. 24):</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bodenschutz in der Umweltprüfung nach BauGB - Leitfaden für die Praxis der Bodenschutzbehörden in der Bauleitplanung • <u>Verwendung von Mutterboden</u> <p>Nach § 202 BauGB in Verbindung mit DIN 18915 ist bei Errichtung oder Änderung von baulichen Anlagen der Oberboden (Mutterboden) in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung zu schützen. Er ist vordringlich im Plangebiet zu sichern, zur Wiederverwendung zu lagern und später wieder einzubauen.</p> <p>Für Rückfragen stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.</p>	<p>und Kühlung liegt nicht vor. Von einer Bilanzierung des Schutzgutes Boden im Verfahren zum parallel in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 131 wird entsprechend abgesehen.</p> <p>Kenntnisnahme Zur umfassenden Information wird ein Hinweis zur Verwendung von Mutterboden in den parallel in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 131 aufgenommen.</p>
<p>12 Handwerkskammer Düsseldorf</p>	<p><u>Stellungnahme vom 01.02.2024</u></p> <p>..., mit Ihrem Schreiben vom 12. Januar 2024 baten Sie uns um Stellungnahme zur oben genannten Bauleitplanung.</p> <p>Da wir die Belange des Handwerks durch die vorliegende Planung derzeit nicht betroffen sehen, beziehen wir zum vorliegenden Planvorentwurf insoweit Stellung, als wir keine Bedenken oder Anregungen vortragen.</p> <p>Hinsichtlich des erforderlichen Umfangs und Detaillierungsgrades der Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB haben wir keine Hinweise.</p>	-
13	<u>Stellungnahme vom 05.02.2024</u>	-

Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein	<p>..., die Stadt Kaarst beabsichtigt, die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung einer Kindertagesstätte in der Straße Im Rottfeld zu schaffen.</p> <p>Nach den der IHK zur Verfügung stehenden Unterlagen und Informationen bestehen derzeit aus gesamtwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken oder Anregungen gegen die vorliegende Planung.</p>	
14 Kampfmittelbeseitigungsdienst	<p><u>Stellungnahme vom 15.01.2024</u></p> <p>... Ihr Schreiben vom 12.01.2024, Az.: 32.26.03 Luftbilder aus den Jahren 1939 - 1945 und andere historische Unterlagen liefern keine Hinweise auf das Vorhandensein von Kampfmitteln im beantragten Bereich. Daher ist eine Überprüfung des beantragten Bereichs auf Kampfmittel nicht erforderlich. Eine Garantie auf Kampfmittelfreiheit kann gleichwohl nicht gewährt werden. Sofern Kampfmittel gefunden werden, sind die Bauarbeiten sofort einzustellen und die zuständige Ordnungsbehörde oder eine Polizeidienststelle unverzüglich zu verständigen. Erfolgen Spezialtiefbauarbeiten mit erheblichen mechanischen Belastungen wie Rammarbeiten, Pfahlgründungen, Verbauarbeiten etc. empfehle ich eine Bohrlochdetektion. Beachten Sie in diesem Fall den Leitfaden auf unserer Internetseite. Weitere Informationen finden Sie auf meiner Homepage .</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Zur umfassenden Information wird ein Hinweis in den im parallelverfahren in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 131 aufgenommen.</p>
15 Kreispolizeibehörde Rhein-Kreis-Neuss	<p><u>Stellungnahme vom 09.02.2024</u></p> <p>...,die Grundlage für städtebauliche Kriminalprävention bilden wissenschaftliche Untersuchungen, bei denen ein enger Zusammenhang zwischen der Stadtplanung bzw. der Gestaltung von Gebäuden und</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Die Hinweise zur Verkehrsunfallprävention werden im weiteren Verfahren berücksichtigt. Die Hinweise zum Einbruchschutz werden im Rahmen der Ausführungsplanung behandelt.</p>

	<p>der Kriminalitätsentwicklung bzw. Kriminalitätsfurcht festgestellt wurde. Ziel der städtebaulichen Kriminalprävention ist es, Kriminalität mindernde Rahmenbedingungen zu schaffen und dadurch allen Bürgerinnen und Bürgern ein angstfreies und sicheres Leben zu ermöglichen.</p> <p>Gefahrenanalyse Die Prüfung der Planungsunterlagen zur Vermeidung kriminalitätsfördernder Aspekte hat keine grundsätzlichen Bedenken ergeben. Die allgemeinen Präventionshinweise u. a. für "Öffentliche Räume", "Schulen, Kitas, Jugendtreffs", "Spielplätze und Kleinsportanlagen" unter https://www.polizei-beratung.de/themenundtipps/staedtebau/ sind zu berücksichtigen.</p> <p>Verkehrsunfallprävention Eine Prüfung hinsichtlich verkehrsunfallvermeidender Aspekte hat nicht stattgefunden. Bitte wenden Sie sich im Bedarfsfall selbständig an den Fachbereich Unfallauswertung/Verkehrsraumplanung bei der Kreispolizeibehörde Rhein-Kreis Neuss. Sie erhalten von dort ggf. eine gesonderte Stellungnahme.</p> <p>Einbruchschutz Nicht nur der Einbruch in eine Wohnung, auch der Einbruch in andere Objekte wie Kindergärten, Grundschulen, etc. ist für viele Menschen ein schockierendes Ereignis. Neben einem möglichen finanziellen Verlust und den angerichteten Schäden, bleibt bei vielen Menschen und besonders bei Kindern ein Gefühl von Angst und Unsicherheit zurück. Die meisten herkömmlichen Fenster und Türen bieten keinen ausreichenden Schutz vor Einbruch.</p>	
--	---	--

	<p>Deshalb empfiehlt die Polizei:</p> <p>Bei Fenstern und Fenstertüren im Erdgeschoss und Fenstern und Fenstertüren, die über Balkone, Vordächer, Anbauten, Feuerleitern usw. leicht erreichbar sind, sowie bei Eingangstüren und Nebeneingangstüren sind grundsätzlich einbruchhemmende Elemente gemäß DIN EN 1627 mindestens in der Widerstandsklasse RC 2 dringend zu empfehlen.</p> <p>Ggf. sollten Kindergartengebäude zusätzlich mit elektronischer Sicherheitstechnik (Einbruch-, Überfallmeldeanlagen, Videoüberwachung) ausgestattet werden. Einbruchschutz ist beim Neubau wesentlich kostengünstiger zu realisieren, als in einer späteren Um- oder Nachrüstung.</p> <p>Zum Thema Einbruchschutz bietet die Kreispolizeibehörde Rhein-Kreis Neuss allen Interessierten eine umfangreiche und kostenfreie Beratung an. Eine Terminabsprache kann unter der Rufnummer (02131) 300- 25518 erfolgen.</p> <p>Um entsprechende textliche Hinweise (z. B. im Bebauungsplan, im Rahmen von Bauberatung und Baugenehmigung) wird gebeten. Ferner wird angeregt bei Grundstücksverkäufen den Mindeststandard für Einbruchschutz durch die Kommune vertraglich festzulegen.</p> <p>Verteiler für Strom und Kommunikationstechnik sollte durch die Betreiber so abgesichert werden, dass Tatvorbereitungshandlungen (Sabotage von Einbruchmeldeanlagen u. a.) wirkungsvoll gehemmt werden.</p>	
<p>16</p> <p>Landesbetrieb Straßenbau NRW: Regionalniederlassung Niederrhein</p>	<p><u>Stellungnahme vom 24.01.2024</u></p> <p>..., die Belange der vom Landesbetrieb Straßenbau betreuten Straßen, werden vom oben genannten Vorhaben nicht berührt.</p> <p>Es bestehen daher grundsätzlich keine Bedenken.</p>	-

<p>– Hauptsitz Mönchengladbach</p>	<p>Ich weise jedoch darauf hin, dass gegenüber dem Landesbetrieb Straßenbau, weder jetzt noch in Zukunft aus dieser Planung Ansprüche auf aktiven und/oder passiven Lärmschutz oder ggfls. erforderlich werdende Maßnahmen bzgl. der Schadstoffausbreitung geltend gemacht werden können. Außerdem wird auf das Problem der Schallreflektion hingewiesen.</p>	
<p>17 Landesbetrieb Wald und Holz – Regionalforstamt Niederrhein</p>	<p><u>Stellungnahme vom 29.01.2024</u> ..., gegen die Änderung des FNP werden keine forstbehördlichen Bedenken vorgetragen.</p>	-
<p>18 Landwirtschaftskammer NRW</p>	<p><u>Stellungnahme vom 29.01.2024</u> gegen die oben genannten Planungen bestehen seitens der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, Kreisstelle Rhein-Kreis Neuss, keine grundsätzlichen Bedenken.</p> <p>Für die Berechnung des Kompensationsflächenbedarfs regen wir die Anwendung der „Numerischen Bewertung von Biotoptypen für die Eingriffsregelung in NRW, 2021“ des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) als anerkanntes Verfahren nach dem aktuellen Stand an. Dies bestätigt auch der Einführungserlass zum Landschaftsgesetz für Eingriffe durch Straßenbauvorhaben (ELES).</p> <p>Wir gehen davon aus, dass die notwendigen Kompensations- und Ausgleichsmaßnahmen so weit möglich im Plangebiet vorgenommen werden. In diesem Zusammenhang sind Dach und Fassadenbegrünungen, Anlagen von Gehölzstrukturen und Grünstreifen zu nennen</p>	<p>Kenntnisnahme.</p> <p>Wird nicht gefolgt. Im Rahmen der Eingriffs-Ausgleichsbilanzierung im Verfahren zum parallel in Aufstellung befindlichen Bebauungsplan Nr. 131 wird die „Numerische Bewertung von Biotoptypen für die Bauleitplanung in NRW, 2008“ des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) angewendet. Bei dieser Bewertung handelt es sich ebenfalls um ein gängiges Verfahren, das fachlich korrekt bei einer Angebotsplanung wie der gegenständlichen zum Einsatz kommt.</p> <p>Kenntnisnahme Es werden etwa 30 % des Ausgleichsbedarfs im Plangebiet selbst vorgenommen (vgl. Verfahren zum Bebauungsplan Nr. 131). Als Maßnahmen sind hierbei die Bepflanzung des Plangebietes mit Bäumen und Sträuchern zu nennen. Der darüber hinaus erforderliche externe Ausgleich wird in der Stadt Kaarst vorgenommen.</p>

	Wir weisen in diesem Zusammenhang darauf hin, dass nach § 15 Abs. 3 BNatSchG zu prüfen ist, „ob der Ausgleich oder Ersatz auch durch Maßnahmen zur Entsigelung, durch Maßnahmen zur Wiedervernetzung von Lebensräumen oder durch Bewirtschaftungs- oder Pflegemaßnahmen, die der dauerhaften Aufwertung des Naturhaushalts oder des Landschaftsbildes dienen, erbracht werden kann“.	
19 Rhein-Kreis-Neuss: Der Landrat	<u>Stellungnahme vom 07.02.2024</u> ...aus Sicht des Rhein-Kreises Neuss bestehen keine Anregungen zur Planung.	-
20 Vodafone Deutschland GmbH	<u>Stellungnahme vom 07.02</u> ...wir bedanken uns für Ihr Schreiben vom 12.01.2024. Wir teilen Ihnen mit, dass die Vodafone GmbH / Vodafone Deutschland GmbH gegen die von Ihnen geplante Baumaßnahme keine Einwände geltend macht. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationsanlagen unseres Unternehmens. Eine Neuverlegung von Telekommunikationsanlagen ist unsererseits derzeit nicht geplant. Bitte beachten Sie: Bei einer Stellungnahme, z.B. wegen Umverlegung, Mitverlegung, Baufeldfreimachung, etc. oder eine Koordinierung/Abstimmung zum weiteren Vorgehen, dass Vodafone und Unitymedia trotz der Fusion hier noch separat Stellung nehmen. Demnach gelten weiterhin die bisherigen Kommunikationswege. Wir bitten dies für die nächsten Monate zu bedenken und zu Entschuldigen.	-

21 Stadt Kaarst: Wasser- und Bodenverband	<u>Stellungnahme vom 14.01.2024</u> Belange des Wasser- und Bodenverbandes Nordkanal sind nicht betroffen. .	-
22 Westnetz GmbH	<u>Stellungnahme vom 31.01.2024</u> ...vielen Dank für Ihre Mitteilung. Wir haben die Unterlagen auf unsere Belange geprüft. Anbei unsere Stellungnahme: Gegen die Planungen bestehen unsererseits keine Einwände. Vor Beginn etwaiger Bauarbeiten bitten wir Sie, die genauen Pläne der vorhandenen Kabel über unsere Online Planauskunft https://bauauskunft.westnetz.de zu beantragen.	-